

SATZUNG

DES VEREINS ZUR FÖRDERUNG DES ACV E.V.

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Verein zur Förderung des ACV“ mit dem Zusatz „e. V.“.
2. Er hat seinen Sitz an der ACV-Geschäftsstelle in *Regensburg* und ist ins Vereinsregister im Amtsgericht *Regensburg* eingetragen.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

1. Zweck des Vereins ist, den Allgemeinen Cäcilien-Verband für Deutschland zu fördern und in der Erfüllung seiner Aufgaben ideell und materiell zu unterstützen.
2. Wie der Zweck des ACV selbst so verfolgt der Verein zur Förderung des ACV ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
3. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bemüht sich der Verein um die Bildung eines Förderkreises von natürlichen und juristischen Personen.
4. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch folgende Maßnahmen:
 - a) finanzielle Unterstützung der Veröffentlichungen des ACV;
 - b) die Herausgabe wissenschaftlicher und praktischer Editionen von Kompositionen und Texte für die Liturgie;
 - c) die Durchführung von Symposien, Kongressen und Tagungen;
 - d) die Durchführung von kirchenmusikalischen Fortbildungsveranstaltungen;
 - e) die Zusammenarbeit mit Personen, Vereinigungen, Institutionen und Behörden vergleichbarer Zielsetzung;
5. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
6. Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.
7. Alle Inhaber von Vereinsämtern sind ehrenamtlich tätig.

§ 3 Arten der Mitgliedschaft

1. Der Verein besteht aus
 - a) ordentlichen Mitgliedern
 - b) außerordentlichen Mitgliedern
2. Als ordentliche Mitglieder im Sinne § 3 Abs. 1a können alle natürlichen und juristischen Personen sowie Personenvereinigungen aufgenommen werden, die bereit sind, den auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung festgesetzten Mitgliedsbeitrag zu leisten.
3. Wer ordentliches Mitglied werden will, muss einen schriftlichen Antrag an den Vorstand stellen.
4. Für die Zuwahl von ordentlichen Mitgliedern ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Erschienenen erforderlich.
5. Durch mündliche oder schriftliche Annahme der Zuwahl seitens der Gewählten wird die Mitgliedschaft erworben.
6. Als außerordentliche Mitglieder im Sinne § 3 Abs. 1b können aufgenommen werden:
 - a) „Mäzen“: Als solche können Personen und Körperschaften aufgenommen werden, die einen einmaligen Beitrag, der mindestens das Tausendfache des für das Jahr der Aufnahme festgesetzten Mitgliedsbeitrages beträgt, den Vereinszwecken widmen und auf das Konto des Vereins einzahlen.

- b) „Förderer“: Als solche können Personen und Körperschaften aufgenommen werden, die einen jährlichen Mitgliedsbeitrag im mindestens zehnfachen Ausmaß des Mitgliedsbeitrages für ordentliche Mitglieder leisten.
- c) „Ehrenmitglieder“: als solche können Personen ernannt werden, welche sich besondere Verdienste um den Verein und/oder seine Ziele erworben haben. Ehrenmitglieder sind von der Entrichtung des Mitgliedsbeitrages befreit.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch freiwilligen Austritt oder durch Tod oder durch Ausschluss.
2. Der freiwillige Austritt ist zum Schluss eines Kalenderjahres möglich nach vorheriger schriftlicher Austrittserklärung, die bis zum 30. Juni des entsprechenden Jahres gegenüber dem Vorstand erfolgen muss.
3. Der Tod eines Mitglieds bewirkt das sofortige Ausscheiden.
4. Ein Mitglied kann, wenn es gröblich gegen die Vereinsinteressen verstoßen hat, aus dem Verein ausgeschlossen werden.
5. Über den Ausschluss entscheidet auf Antrag des Vorstands die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.
6. Der Vorstand hat das betroffene Mitglied mindestens zwei Wochen vor der Versammlung von seinem Antrag auf Ausschluss und dessen Begründung zu informieren.
7. Sofern das Mitglied nicht persönlich anwesend ist, ist eine schriftlich eingehende Stellungnahme des Mitglieds in der über den Ausschluss entscheidenden Versammlung zu verlesen. Dem Mitglied ist Gelegenheit zu geben, ein anderes Mitglied mit seiner Vertretung in der Mitgliederversammlung zu beauftragen.
8. Der Ausschluss eines Mitglieds wird mit der Beschlussfassung wirksam. Der Ausschluss soll dem Mitglied, wenn es bei Beschlussfassung nicht anwesend war, durch den Vorstand unverzüglich eingeschrieben bekannt gegeben werden.

§ 5 Pflichten der Mitglieder und Mitgliedsbeitrag

1. Alle Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins zu fördern.
2. Die Mitglieder leisten einen Mitgliedsbeitrag, dessen Höhe auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung beschlossen wird.
3. Der Mitgliedsbeitrag wird zu Beginn des Geschäftsjahres fällig.
4. Die Tätigkeit der Mitglieder für den Verein ist ehrenamtlich.
5. Ehrenmitglieder werden vom Vorstand von der Beitragspflicht befreit.

§ 6 Verwendung der Finanzmittel

1. Mitgliedsbeiträge und andere Zuwendungen dienen allein den beschriebenen Zwecken des Vereins.
2. Nicht mit dem angegebenen Zweck zu vereinbarende Zuwendungen oder unangemessene Vergütungen dürfen aus Vereinsmitteln weder an Mitglieder noch an andere Personen gewährt werden.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

§ 7 Organe des Vereins

1. Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§ 8 Mitgliederversammlung

1. Eine ordentliche Mitgliederversammlung wird in der Regel jährlich mit dreiwöchiger Frist

unter Bekanntgabe der Tagesordnung schriftlich vom ersten oder in dessen Vertretung vom zweiten Vorsitzenden einberufen.

2. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung kann jederzeit mit dreiwöchiger Einladefrist unter Bekanntgabe des Verhandlungsgegenstandes vom ersten oder in dessen Vertretung vom zweiten Vorsitzenden des Vereins anberaumt werden.

3. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist ebenfalls einzuberufen, wenn dies von mindestens $\frac{1}{4}$ der Mitglieder schriftlich beim Vorstand beantragt wird.

4. Die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die erschienene Anzahl der Mitglieder beschlussfähig.

5. Die Mitgliederversammlung wird von einem Mitglied des Vorstands geleitet.

6. Die Mitgliederversammlung entscheidet, mit Ausnahme einer Satzungsänderung und der Auflösung des Vereins, mit absoluter Mehrheit der erschienenen Mitglieder.

7. Beschlussfassungen und Wahlen können per Akklamation stattfinden. Wenn eines der anwesenden Vereinsmitglieder eine geheime Wahl wünscht, so ist die Wahl geheim durchzuführen.

8. Beschlüsse, deren Gegenstand nicht in der schriftlichen Tagesordnung mit der Einladung bekannt gegeben worden ist, können nur gefasst werden, wenn die erschienenen Mitglieder einstimmig zustimmen und die nicht erschienenen Mitglieder ihre schriftliche Zustimmung nachträglich gegeben haben.

9. Umlaufbeschlüsse, die ohne die Mitgliederversammlung gefasst werden, sind nur gültig, wenn alle Mitglieder ihre Zustimmung schriftlich erklären. Schweigen länger als 30 Tage gilt in beiden Fällen (Punkt 8 und Punkt 9) als Zustimmung.

10. Die ordentliche Mitgliederversammlung hat folgende Hauptaufgaben:

a) Feststellung, Abänderung und Auslegung der Satzung mit Beschlussfassung über die Grundlinien der Vereinsarbeit.

b) Entgegennahme des Arbeitsberichtes des Vorstands.

c) Entgegennahme des Kassenberichtes der Kassenprüfer.

d) Entlastung des Vorstandes.

e) Neuwahl oder Ergänzungswahl des Vorstands.

f) Bestellung von zwei Rechnungsprüfern.

g) Zuwahl neuer Mitglieder.

h) Festsetzung der Mitgliederbeiträge.

i) Genehmigung der Jahresrechnung.

11. Über den wesentlichen Verlauf jeder Mitgliederversammlung ist vom Schriftführer eine Niederschrift anzufertigen, die zumindest alle Beschlüsse im Wortlaut enthalten muss und vom Leiter der Versammlung und dem Schriftführer zu unterschreiben ist.

§ 9 Vorstand

1. Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins und vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich.

2. Der Vorstand besteht aus einem/einer ersten Vorsitzenden, seinem/seiner Stellvertreter/-in, dem/der Schriftführer/-in und dem/der Kassier/-erin.

3. Der Vorstand ist Vorstand im Sinne des § 26 BGB.

4. Jedes Vorstandsmitglied ist einzelvertretungsberechtigt.

5. Der Vorstand wird auf fünf Jahre gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich.

6. Im Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Vorstandsmitgliedes findet für den Rest der Periode eine Ergänzungswahl statt. Fallen der/die Vorsitzende und sein/-e Stellvertreter/-in gleichzeitig aus, so lädt ein andere Vorstandsmitglied in der in § 9 Abs. 1 genannten Reihenfolge und nach diesem das älteste Mitglied des Vereins zur Mitgliederversammlung ein und leitet die Wahlhandlung.

7. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse in Vorstandssitzungen, die vom/von der Vorsitzenden schriftlich oder mündlich einberufen werden. Die Beschlüsse sind vom/von der Schriftführer/-in zu protokollieren.
8. Den Vorsitz in der Vorstandssitzung führt der Vorsitzende oder, im Fall seiner Verhinderung, ein anderes Vorstandsmitglied (in der in § 9 Abs. 1 genannten Reihenfolge).
9. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind. Er entscheidet mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Versammlungsleiters.
10. Eine Beschlussfassung des Vorstandes ist auch im schriftlichen Rundlaufverfahren möglich; sie muss dann einstimmig getroffen werden.
11. Der Vorstand kann bei Bedarf für konkrete Vorhaben Vertrauensleute bestellen. Sie sollen den Kontakt zu Institutionen vergleichbarer Zielsetzung und Behörden pflegen und sich darüber mit dem Vorstand austauschen.

§ 10 Einnahmen und Vermögen

1. Die Einnahmen des Vereins setzen sich zusammen aus Mitgliederbeiträgen, Zuwendungen, Spenden und sonstigen Erträgen, die ihm in der Erfüllung der in § 2 genannten Aufgaben zufließen.
2. Die Mitglieder des Vereins haben kein Anrecht auf das Vereinsvermögen. Es darf keine Person durch Verwaltungsausgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind, begünstigt werden.
3. Die Reineinnahmen des Vereins sind nach Bedarf dem zu fördernden Allgemeinen Cäcilien-Verband für Deutschland (ACV) zuzuführen.

§ 11 Satzungsänderungen

1. Die Satzung kann durch übereinstimmenden Beschluss des Vorstands und der Mitgliederversammlung geändert werden.
2. Zu einem vom Vorstand vorgelegten Beschluss, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von zwei Drittel der erschienenen Mitglieder erforderlich.
3. Auf schriftlichen Antrag eines Drittels der Mitglieder hat der Vorstand einen zu begründenden und im Wortlaut einzureichenden Antrag zur Satzungsänderung, dem er nicht zustimmt, auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung zu setzen. Die Bestimmungen für die außerordentliche Mitgliederversammlung bleiben unberührt. Die Änderung der Satzung gegen den Willen des Vorstands bedarf einer Mehrheit von drei Viertel der Anwesenden Mitglieder.
4. Besondere Bestimmungen gelten für die Änderung des § 2. Zur Änderung des Zweckes des Vereins ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich. Die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muss schriftlich erfolgt sein. Erst nach 60 Tagen gilt Schweigen als Zustimmung.
4. Jede Änderung von Satzungsbestimmungen, die für die steuerlichen Vergünstigungen wesentlich sind, ist dem Finanzamt unverzüglich mitzuteilen.

§ 12 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit Zustimmung von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder beschlossen werden.
2. Die Liquidation erfolgt durch den Vorsitzenden.
3. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Allgemeinen Cäcilien-Verband für Deutschland, Andreasstraße 9, 93059 Regensburg, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 13 Inkrafttreten der Satzung

1. Die vorliegende Satzung ist in der Gründungsversammlung vom 5. November 2007 beschlossen worden und mit dem gleichen Tag in Kraft getreten.

14.05.2009